

## Global Player entscheidet über Mittagessen

### Umfrage an allen Bildungseinrichtungen Frankfurts

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Schulleiterinnen und Schulleiter, liebe Eltern, liebe Schülervereinerinnen und -vertreter,

wie Sie möglicherweise der Presse entnommen haben, gab es während des letzten Jahres Auseinandersetzungen von Eltern an den städtischen Kindertagesstätten mit der Stadt Frankfurt wegen des Essens, das an die Kinder ausgegeben wurde.

Der Hintergrund: Im Zusammenhang mit der Privatisierung der städtischen Küchenbetriebe hat die Stadt Frankfurt einen 10-Jahres-Vertrag mit dem Groß-Caterer Sodexo geschlossen, der alle Kitas beliefern soll. Das Essen war von verschiedener Seite als zu wenig, zu wenig gehaltvoll und schlecht kritisiert worden. Auch entwickelten manche Kinder plötzlich Allergien, was die Eltern befürchten ließ, dass diese auf Zusatzstoffe in dem Essen zurückzuführen seien.

Als Folge der Proteste wurden einerseits Verbesserungen durchgeführt, die dem Widerstand die Spitze nahmen, so dass zur Zeit vordergründig Ruhe herrscht. Anderer-

seits wurden zwischenzeitlich Kritiker mit der Androhung von Anzeigen eingeschüchtert, der Hessische Rundfunk hat inzwischen ein Verfahren vor Gericht gewonnen. Einigen wenigen Kitas wurde zugestanden, zu einem anderen Caterer zu wechseln. Dies bedeutet nicht, dass die Eltern mit der Situation zufrieden wären.

Die Kritik bezieht sich neben den oben aufgeführten Gesichtspunkten auch darauf, dass das Sodexo-Essen täglich 300 km weit angeliefert wird, demzufolge schon lange vorher gekocht wird und, da es nicht tiefgefroren wird, konserviert werden muss.

Die Stadt Frankfurt wirbt selbst in Broschüren für gesundes Essen, eine grüne Dezernentin müsste eigentlich für die Vermeidung von unnötigem Straßenverkehr eintreten.



Schmeckst's euch, Kinder?

Keinesfalls ist Sodexo der preisgünstigste Anbieter. Z.B. gibt es einen BIO-Caterer, der das Essen in Frankfurt kochen würde und 15 Cent preisgünstiger wäre. Sodexo selbst liefert in anderen Städten Essen um 1,10 Euro billiger.

Dies alles sind Ungereimtheiten, die die Stadt Frankfurt gegenüber den Eltern nicht aufklären konnte oder wollte. Die Empörung der Eltern richtet sich deshalb vor

allem auch gegen das intransparente Verfahren, das im Zusammenhang mit der Privatisierung dieser einstmals in den städtischen Küchenbetrieben erbrachten Dienstleistung steht. Denn die Stadt Frankfurt bleibt die Antwort auf die Frage, warum der Abschluss des Catering-Vertrags mit einem anderen Unternehmen oder auch mit mehreren anderen Vertragspartnern überhaupt nicht verhandelbar war, schuldig.

Wir wenden uns jetzt an Sie/Euch, weil wir glauben, dass das Thema „Mittagessen für Kinder und Jugendliche“ im Zuge des Ausbaus von Ganztagschulen oder Schulen mit Ganztagsangebot bzw. pädagogischer Mittagsbetreuung, aber auch im Zusammenhang mit dem 8jährigen Gymnasium an Brisanz gewinnen wird.

Wir möchten zunächst einmal einen Überblick darüber gewinnen, wie das Mittagessen in den Schulen (sofern es angeboten wird) derzeit organisiert ist (... ein Fragebogen zu diesem Zweck

wird mit dem Schulversand den betroffenen Schulen zugesandt – die Redaktion).

Wir bitten Sie, möglichst bald eine Rückmeldung an das Büro des GEW Bezirksverbands Frankfurt, Bleichstr. 38a, in 60313 FFM zu schicken.

Darüber hinaus möchten wir in der Stadt Frankfurt eine Diskussion darüber initiieren, dass Kinder und Jugendliche ein Recht auf frisch gekochtes, biologisch wertvolles Essen haben und dass Eltern, die dieses Essen bezahlen, ein Mitspracherecht haben müssen, wer es liefert. Auch Kinder und Jugendliche sollten bei dem, was auf ihren Tisch kommt, mitreden können.

Wir fordern, dass die Stadt Frankfurt Personen einstellt, die die Schulen kompetent beraten, welches Essen, welcher Lieferer, welche Organisationsform für sie die geeignete ist.

Bitte geben Sie uns Nachricht, ob an Ihrer Schule ein Interesse besteht, in diesen Prozess mit einzusteigen.

Mit freundlichen Grüßen

Marianne Friemelt, GEW

## Die kommunale Selbstverwaltung löst sich mangels verfügbarer Mittel auf

### Thesen zu Public Private Partnership (PPP)

1.) Die derzeitige Mangelsituation öffentlicher Haushalte auf allen Ebenen wird von Politik und Medien überwiegend so dargestellt, als sei „der Staat“ auf allen Ebenen schlicht „pleite“. Die (steuer- und wirtschaftspolitisch im übrigen selbst verschuldete) Mangelsituation öffentlicher Haushalte wird vor allem von marktradikalen Kräften einerseits zu einem Generalangriff auf staatliche Ausgabenpolitik im Allgemeinen und auf den sozialpolitischen Auftrag des Staates im Besonderen

genutzt. Andererseits suchen dieselben Kräfte nach Mitteln und Wegen, um unmittelbaren Zugriff auf die zweifellos knapper gewordenen, aber trotzdem immer noch erheblichen staatlichen/öffentlichen Finanzmittel zu erlangen.

2.) Bei der derzeitigen Kampagne um PPP handelt es sich um ein groß angelegtes Komplott der deutschen und europäischen Bau- und Immobilienindustrie sowie großer Banken und Kapitalgesellschaften. Die besonders fokussierten Bereiche sind derzeit der Straßenbau, die Instandsetzung von Kanalisationen, der Bau und die Bewirtschaftung von Schul- und Verwaltungsgebäuden, Denkmal sind für die Zukunft aber auch Kindergärten, Sportanlagen usw.. Koordiniert wird die Kampagne von Stabsstellen im Bundeswirtschaftsministerium und in verschiedenen Landeswirtschaftsministerien, flankiert von einschlägig bekannten Unternehmens- und Steuerberatungsfirmen, bekannten Wirtschaftsprüfungsunternehmen und Anwaltskanzleien sowie diversen (mehr oder weniger) wissenschaftlichen bzw. akademischen Koryphäen aus Unternehmen und Hochschulen.

3.) In der Diskussion um PPP wird von interessierter Seite die Behauptung in den Vordergrund gerückt, es würden erhebliche Einsparungen für die öffentlichen Haushalte erzielt (15 bis 20%). In Wirklichkeit ist PPP ein gezieltes Programm zur Plünderung der öffentlichen Haushalte.

4.) PPP wird als Mittel und Möglichkeit verkauft, einen sog. Investitionsstau der öffentlichen Hand bei der Errichtung und Bewirtschaftung öffentlicher Gebäude oder Einrichtungen zu beseitigen. In Wirklichkeit handelt es sich um ein Vorkreditierungssystem, welches insbesondere den großen Banken und Kapitalgesellschaften mittelfristig große Gewinne in die Kassen spülen soll und langfristig die Situation öffentlicher Haushalte erheblich verschlimmern wird.

5.) PPP-Verträge führen im kommunalpolitischen Bereich zu einer langfristigen Bindung kommunaler Haushaltsmittel. Der kommunale Gestaltungsspielraum verkleinert sich in dem Maße, in welchem sich Kommunen und Gebietskörperschaften auf solche Verträge einlassen. Kommunale Selbstverwaltung (als demokratische, politische Ergründungsfähigkeit) findet nicht mehr (bzw. zunehmend weniger) statt.

6.) Die PPP-Befürworter aus Politik und Wirtschaft behaupten, dass PPP insbesondere kleinen und mittelständischen Firmen des Bau- und Handwerksbereichs nützt. Insbesondere sei hier von Bedeutung, dass dem ineffizienten und trägen Öffentlichen Dienst die Zuständigkeit für die Auftragsabwicklung genommen werde. Es wird hierbei verschwiegen, dass bisher bereits über 90% der öffentlichen Bau- oder Bewirtschaftungstätigkeit über entsprechende Vergabe-

verfahren durch private Firmen erledigt werden. Tatsächlich führen PPP-Projekte zu einer Verstärkung der Marktmacht einiger weniger Großunternehmen. Kleine und mittelständische Firmen verfügen in der Regel weder über die entsprechende Eigenkapitaldecke noch über eine ausreichende Kreditwürdigkeit bei den Banken, um selbst als PPP-Unternehmen in den Markt zu gehen.

7.) Die größere Marktmacht der großen bauindustriellen Unternehmen führt zu einem erheblichen wirtschaftlichen Druck für die kleinen und mittelständischen Firmen. Erste Erfahrungen zeigen: Die Auftragsbedingungen von PPP-Betreibern zwingen kleinere Unternehmen zu Tariffahrt und Lohndumping, zur Nichteinhaltung von Gesundheits- und Sicherheitsbestimmungen, zu Qualitätsminderungen bei der Auftragsabwicklung usw. und werden mittelfristig zu einem Rückzug vieler Firmen aus diesem Bereich führen (die Anzahl der Insolvenzen wird als Trend gerade in der Baubranche verstärkt).

8.) Die mittelfristig höhere Belastung der öffentlichen Haushalte führt in der Konsequenz zu einem Zwang, die für PPP-Projekte abfließenden Mittel entweder durch Kreditaufnahmen oder durch radikale Einsparmaßnahmen in anderen Bereichen zu kompensieren. Bereits im Rahmen der PPP-Projekte werden eine Vielzahl Mitarbei-

ter/innen aus dem öffentlichen Dienst in die private Wirtschaft verschoben. Die infolge der PPP-Projekte notwendigen Einsparmaßnahmen werden zu einem weiteren Arbeitsplatzabbau im öffentlichen Dienst führen.

9.) Die Verschiebung einer erheblichen Anzahl von Mitarbeiter/innen aus dem öffentlichen Dienst in private PPP-Projektgesellschaften bringt für die betroffenen Arbeitnehmer/innen teilweise schwer einschätzbare Risiken mit sich. Die tarif- und arbeitsrechtlichen Standards des Öffentlichen Dienstes werden zur Disposition gestellt. Erworbenene Besitzstände stehen infrage. Es besteht das Risiko eines Arbeitsplatzverlustes durch Insolvenz der privatrechtlichen PPP-Projektgesellschaften.

#### Fazit:

PPP-Projekte nützen in erster Linie Banken, Kapitalgesellschaften und den Großunternehmen der Bauindustrie sowie ihren Handlangern in Wirtschafts- und Unternehmensberatungsfirmen. PPP-Projekte beschleunigen den Monopolisierungsprozess in der Bau- und Immobilienbranche. Die mittel- und langfristigen Folgen für die öffentlichen Haushalte könnten katastrophal sein: Die kommunale Selbstverwaltung löst sich mangels verfügbarer Mittel auf.

Für die betroffenen Beschäftigten entstehen zahlreiche existenzielle Unsicherheiten und Risiken.

Ver.di Fachbereich Gemeinden



Stadtkämmerer Horst Hemzal

# Bildungszentrum Ostend

## Gefahrenbereiche, Baumängel, Erschwernis einer ordnungsgemäßen Unterrichtserteilung

### Verträge offen legen!

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Der Magistrat legt der Stadtverordnetenversammlung unverzüglich alle Verträge für die Errichtung und den Betrieb des Bildungszentrums Ostend im Verfahren der Öffentlich Privaten Partnerschaft vor. Sofern Rechte Dritter davon berührt sind, kann dies in nicht öffentlicher Form geschehen.

#### Begründung:

Wie aus zahlreichen Stellungnahmen u. a. der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft hervorgeht (siehe Anlage), gibt es bei dem im Verfahren der Öffentlich Privaten Partnerschaft errichteten Bildungszentrum Ostend erhebliche bauliche Mängel, die teilweise die Sicherheit der Schülerinnen und Schüler gefährden oder den störungsfreien Ablauf des Unterrichts verhindern. Der Magistrat hat die Stadtverordnetenversammlung bislang nicht über die auftretenden Probleme informiert. Statt dessen fährt der Magistrat fort, das Bildungszentrum als erfolgreiches Modellprojekt für die Errichtung und den Umbau weiterer öffentlicher Gebäude im Verfahren der Öffentlich Privaten Partnerschaft zu propagieren. Vor diesem Hintergrund liegt es in der Verantwortung aller Stadtverordneten, sich ein realistisches Urteil zu verschaffen. Dies ist nur möglich, wenn sie die Möglichkeit haben, die beklagten Mängel anhand der vom Magistrat geschlossenen Verträge zu bewerten.

Antrag Die Linke.Fraktion  
im Römer  
Frankfurt am Main, den  
16.10.2005

### Bethmannschule im Bildungszentrum Ostend

Offenkundige Gefahrenbereiche, Baumängel, Erschwernis einer ordnungsgemäßen Unterrichtserteilung und Kostenbelastungen zu Ungunsten der Stadt?

Der im PPP-Verfahren neu errichtete Gebäudekomplex Bildungszentrum Ostend und die darin integrierte Berufsschule Bethmannschule sind seit drei Monaten in Betrieb. Eine eingehende Begehung der Schule und Rückfragen bei dem dort tätigen Lehrpersonal haben die nachfolgenden Feststellungen und daraus resultierenden Fragen an den Magistrat ergeben.

Insbesondere angesichts erkennbarer Gefahrensituationen für Schüler und Lehrpersonal fordern wir eine umgehende Stellungnahme des Magistrats zu den hier benannten Fragepunkten:

1. Ist es zutreffend, dass die Fluchtwege in der Schule, aber auch in den zugehörigen Bereichen Abendgymnasium und VHS, zu eng sind und im Katastrophenfall keine ausreichende Sicherheit bieten?

2. Ist es zutreffend, dass der seinerzeit eingebrachte Bauantrag von einer zu niedrigen Schülerzahl ausgeht?

3. Ist es zutreffend, dass die Nottreppen lediglich 1,35 m breit sind und dass dies für eine Zahl von rund 750 Schülerinnen und Schülern allein an der Bethmannschule, die über 3 Stockwerke verteilt sind, nicht ausreichend ist?

4. Teilt der Magistrat unsere Auffassung, dass gehbehinderte Personen unter diesen Bedingun-



Gedränge im Treppenhaus: Wenn die Bethmannschüler alle auf einmal aus den Klassen stürmen, wird es eng im neuen Bildungszentrum.

gen so gut wie keine Fluchtchance haben?

5. Ist es zutreffend, dass bei Anschlägen der Rauchmelder Feuerschutzwände abgesenkt werden, die den Zugang zu den rechts und links anliegenden Gebäudeteilen versperren?

6. Stimmt es, dass in den sich überschneidenden Spitzenzeiten, wenn die zu unterrichtenden Personen der VHS, des Abendgymnasiums und der Bankakademie hinzugerechnet werden, bis zu 1500 Schutzsuchende in dem Gebäude sein können?

7. Warum wurden bei der Entwicklung des Gebäudeprojekts und später bei der Bauabnahme die Schulleitungen nicht einbezogen?

8. Wurde die Stellungnahme der Branddirektion auf der Grundlage eindeutiger Vorgaben ausrei-

chend bei der Bauprojektion und bei der Abnahme berücksichtigt?

9. Warum verfügt die Bethmannschule über keinen Hausverwalter – zumal auch Fremdnutzer sich im Hause aufhalten und nachts keine Kontrolle der Beleuchtung und der Wasserhähne stattfindet?

10. Warum wurden keine Wasserstopphähne und Strombewegungsmelder eingebaut? Teilt der Magistrat unsere Einschätzung, dass dies eine unnötige Energieverschwendung darstellt, die mit dem ökologischen Image, das der Magistrat der Stadt in der öffentlichen Darstellung gibt, nicht zu vereinbaren ist?

11. Warum sind nach drei Monaten Betriebszeit die Pausenklingeln, Schließanlagen und Schuluhren noch immer defekt?

12. Warum sind die Aufzüge nur teilweise nutzbar?

13. Warum ist die Cafeteria noch immer nicht in Betrieb?

14. Ist es zutreffend, dass die Gebäudemanager laut Vertrag nur für die „Außenhaut“ des Gebäudes, nicht jedoch für das „Innere“ zuständig sind?

15. Wie sollen diese Mängel und von wem behoben werden?

16. Warum wurden die für erwachsene Schülerinnen und Schüler vorgegebenen Klassengrößen

für hessische Schulen nicht eingehalten, so dass die Größe und Ausstattung der Mehrzahl der Unterrichtsräume zu klein ist?

17. Warum erfolgt die Buchung von Unterrichtsräumen durch Schulfremde ohne klare Regelungen? Warum gibt es kein an den eigentlichen Raumnutzungs-Prioritäten orientiertes Verfahren?

18. Warum hat die Stadt Frankfurt die Entscheidungen über die Nutzung und Gestaltung eines Schulbetriebes zumindest teilweise der privaten Trägerschaft des Schulgebäudes und dessen zusätzlicher Nutznießerschaft überlassen?

19. Ist es zutreffend, dass die Unfallkasse Hessen folgende Beanstandungen schriftlich vorgetragen hat:

— Bodenauslässe für Strom- und Datenkabel und am Boden liegende Verlängerungsleitungen bilden eine erhebliche Unfallgefahr (Sturzunfälle).

— Projektionswände sind nur zum Teil einsehbar und Tafelbeleuchtungen unzulänglich.

— Die Doppelbodenabdeckungen vor und hinter Türen stellen Stolperstellen dar.

20. Warum wurde die Unfallkasse Hessen ebenfalls nicht an der Neubaumaßnahme und deren Abnahme beteiligt?

21. Welche unplanmäßigen Kosten kommen auf die Stadt zu durch die jetzt schon absehbare Neustreichung der schuluntauglichen, schmutzempfindlichen Wände und durch Abnutzungen der gesamten Einrichtung durch extensive, kaum kontrollierte Fremdnutzung?

22. Wurden diese Folgekosten im PPP-Vertrag geregelt?

23. An wen gehen die Einnahmen für die Raumvergabe an Fremdnutzer?

24. Warum wurde die Erstellung des Gebäudekomplexes im PPP-Verfahren bzw. die Bauüberwachung an die Firma Drees und Sommer übertragen, obwohl bekannt war, dass diese Firma über kein Schulbauten-Knowhow verfügt?

Anfrage der PDS Fraktion im  
Schulausschuss vom 23.08.2005,  
A 746

### Bildungszentrum Ostend

## GEW: Die Öffentlichkeit hat ein Recht auf vollständige Aufklärung!

Den Frankfurter Stadtverordneten zur Veranlassung

Anlässlich der „Einweihung Bildungszentrum Ostend“ am heutigen 20.9.2005 erneuert die GEW ihren Appell an die Frankfurter Stadtverordneten:

Lassen Sie sich die Fakten zu diesem 100-Millionen-Vertrag für Planung, Bau und Betrieb vorlegen.

Fordern Sie mit uns die Offenlegung der wesentlichen Vertragsbestandteile und der Voraussetzungen, unter denen dieses „Public-Private-Partnership“-Unternehmen zustande gekommen ist.

Nur so lässt sich sagen, wer von diesem Projekt wirklich profitiert. Auch für das Bildungszentrum Ostend muss eine Vergleichsstudie vorgelegt werden, wie sie in dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 27.1.2005 für das beabsichtigte neue PPP-Projekt Schulen gefordert wird.

Demokratie und Transparenz stehen auf dem Spiel, wenn Verträge auf 20 Jahre und in dieser Größenordnung vor den ParlamentarierInnen und den betroffenen Bildungseinrichtungen geheim gehalten werden.

Klären Sie, unter welchen Bedingungen dieser Bau erstellt wurde und was den Bauarbeitern gezahlt wurde, die häufig in ihren Fahrzeugen an der Baustelle übernachteten. Klären Sie, wie die Lastenverteilung zwischen dem vermietenden Unternehmen und der Stadt genau geregelt ist.

Klären Sie, welche laufenden Betriebskosten zu den Mietkosten addiert werden müssen.

Klären Sie, weshalb die Projektsteuerung dieses PPP-Projekts der Firma Drees und Sommer übertragen wurde, obwohl bekannt war, dass diese Firma über kein Schulbauten-Knowhow verfügte, was sich angesichts der langen Liste an nach-

träglichen strukturellen Baumängeln leider nachhaltig bestätigt hat.

Zum Hintergrund: Der Gründer und Aufsichtsratsvorsitzende der Firma Drees und Sommer hat das Institut für Baubetriebslehre an der Universität Stuttgart mitbegründet, das jetzt von Professor Berner geleitet wird, der gleichzeitig Geschäftsführer der Baufirma Müller-Altavater GmbH und Co KG ist.

Die Kritikpunkte der Schulleitungen von Bethmann, AG I und II sind lang, die VHS hat akuten Raum-mangel und muss weitere Räume abgeben.

Die Linkspartei hat bereits mehrere Anfragen gestartet; die GEW ein Hearing im Römer veranstaltet. Bisher vergeblich.

Die Öffentlichkeit hat ein Recht auf vollständige Aufklärung!

Presseerklärung des  
GEW Bezirksverbands Frankfurt  
20.9.2005

### Wirtschafts- und Sozialpolitik – neues INFO

Das 4. WISO-Info des DGB Hessen in diesem Jahr ist vollkommen überarbeitet: Es ist wesentlich umfangreicher und erscheint in neuem Layout. Herausgeber ist der neu gegründete Arbeitskreis Wirtschafts- und Strukturpolitik des DGB Hessen.

Das WISO-Info enthält jetzt nicht mehr nur ein bis zwei, sondern deutlich mehr Beiträge und ist in verschiedene Kategorien unterteilt. Neu ist auch, dass wir Gastbeiträge einwerben bzw. ein Interview führen. Die aktuelle Ausgabe beinhaltet einen Gastkommentar von Georg Fülberth (regelmäßiger Autor in der Frankfurter Rundschau, im Freitag und in konkret) und ein Interview mit Achim Truger

(Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung in der Hans-Böckler-Stiftung). Die anderen Beiträge stammen von Mitgliedern des Arbeitskreises. Das WISO-Info soll vier Mal im Jahr erscheinen – das heißt, das WISO-Info Nr. 1-2006 im Januar 2006. Über Anregungen, Kommentare und natürlich auch Kritik würden wir uns freuen. Das WISO-Info kann - und das ist selbstverständlich unser Wunsch - weiter verschickt werden. Mail-Interessenten bitte melden!

Dr. Kai Eicker-Wolf  
Abteilung Wirtschafts- und  
Strukturpolitik beim  
DGB Hessen-Thüringen